

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Johannes Rau würdigt den Ausgang der Kommunalwahlen in Niedersachsen: Jetzt aufs Ganze gehen.

Seite 1

Klaus Kirschner MdB fordert Minister Blüm auf, darzulegen, wie er die Alterssicherung aufrechterhalten will: In der Rentenkasse tut sich ein Riesenloch auf.

Seite 2

Dr. Wolfgang Biermann, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand, kommentiert die amerikanischen SALT II-Vorwürfe gegen die Sowjetunion: „SALT II ist tot.“ (Teil II)

Seite 4

41. Jahrgang / 190

6. Oktober 1986

Jetzt aufs Ganze gehen

Der Ausgang der Kommunalwahlen in Niedersachsen bedeutet eine starke Ermutigung

Von Johannes Rau  
Kanzlerkandidat der SPD  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

1. Eine Wählerschaft in Bewegung ist die Chance der SPD. Die Trends sprechen bei allen Wahlen seit 1983 eindeutig für die Sozialdemokraten und ebenso klar gegen die CDU. Die Union hat gestern auch in den niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen starke Verluste hinnehmen müssen.

In den meisten Städten des Landes und in einer Reihe von Landkreisen wird es künftig wieder sozialdemokratische Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte geben. Das ist eine starke Ermutigung, eine Kräftigung der kommunalen Basis unserer Partei.

Die SPD ist in den Städten wieder da! Und: Sie gewinnt auch in den ländlichen Bereichen Wählerinnen und Wähler direkt von der CDU.

2. Auffallend ist am niedersächsischen Wahlergebnis auch, daß die FDP jetzt endgültig in den Negativsog der CDU geraten ist. Sie kann sich nicht mehr abkoppeln, sondern wird für die konservative Politik im ganzen in Mithaftung genommen.

Die FDP hat offensichtlich ihre Funktion als Auffangbecken für unzufriedene Anhänger regierender Konservativer verloren.

3. Niemand weiß heute, wie hoch die Spekulationsgewinne der CDU durch ihre gehässige „Neue Heimat“-Kampagne waren. Aber das Gesamtergebnis zeigt dennoch klar: Es gibt auch in Niedersachsen keinen „Besitzstand“ der CDU mehr.

Die CDU hat in Niedersachsen eine weitere, bisher für sicher gehaltene „Bank“ verloren.

4. Im Hinblick auf den Januar 1987 sage ich an die Adresse meiner eigenen Partei: Da brauchen wir nicht nur den Trend, da brauchen wir den Durchbruch.

Deshalb rufe ich heute alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der deutschen Sozialdemokratie auf, jetzt wirklich aufs Ganze zu gehen!

(-/6.10.1986/rs/ks)

\* \* \*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Spezialdruck-Unterstützung  
mit wertvollen Rückmeldungen  
Reg. Nr. 100/86/100



In der Rentenkasse tut sich ein Riesenloch auf

Blüm muß endlich sagen, wie er die Alterssicherung aufrechterhalten will

Von Klaus Kirschner MdB

„Die Renten sind sicher“ oder „nichts ist so sicher wie die Rente“, so lauteten noch vor wenigen Tagen und Wochen die Überschriften auf Broschüren, Anzeigen oder Plakaten, die die Bundesregierung auf Steuerzahlers Kosten in nicht geringer Auflage drucken und verbreiten ließ.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, für jeden Show-Effekt „wider dem tierischen Ernst“ zu haben, klettert selbst als „Wetterfrosch“ auf eine Leiter, um sich als Plakatkleber in eigener Sache bundesweit im Fernsehen und in Zeitungsbildern abgelichtet wiederzufinden.

Die rauhe Rentenwirklichkeit hat ihn schneller eingeholt, als ihm lieb ist, denn das jüngste Gutachten des Sozialbeirats hat ihn sehr schnell wieder von der obersten „Sonnenschein-Sprosse der Laubfroschleiter“ auf den Boden der Realitäten gebracht: Was alle Fachleute schon längst wissen, ist nun neuerlich amtlich dokumentiert, nämlich, daß die Rentenfinanzen keineswegs längerfristig finanziell auf sicherem Fundament stehen. Im Gegenteil, schon in wenigen Jahren rutscht die gesetzliche Rentenversicherung in ein Milliardenloch, wenn nichts geschieht. Bis 1991 ist zwar die Finanzierung gesichert, das ist gerade noch vier Jahre, doch wie soll es danach weitergehen? Der Bundesregierung, allen voran dem Bundesarbeitsminister, der sonst um flotte Sprüche nie verlegen ist, hat es anscheinend die Sprache verschlagen. Auch bei günstigster Entwicklung von Beschäftigung und einem fünfprozentigem Lohnzuwachs droht, bei Beibehaltung des geltenden Rentenrechts, bis zum Jahre 2.000 ein Defizit von 112 Milliarden DM in den Rentenkassen. Bei ungünstiger verlaufenden Trends, bei einer nur dreiprozentigen Lohneinkommenssteigerung und mäßigem Beschäftigungszuwachs droht gar eine Lücke von 254 Milliarden DM, so der Sozialbeirat.

Jetzt rächt sich mehr und mehr der finanzpolitische Verschiebebahnhof a la Blüm und Stoltenberg. Die fünf Milliarden, die der Bundesfinanminister mit Billigung des Bundesarbeitsministers durch die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen jährlich der gesetzlichen Rentenversicherung entzieht und zur Stopfung seiner Bundeshaushaltslöcher zweckentfremdet, fehlen der Rentenversicherung an allen Ecken und Enden. Jetzt kann auch nicht mehr verschleiert werden, daß trotz massiver Beitragserhöhungen und Leistungseinschnitten bei den Versicherten Blüm mit seiner Rentenkonzeption gescheitert ist.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf, der von der CDU/CSU/FDP-Bundestagsmehrheit abgelehnt wurde, eine Langfriskonzeption vorgelegt. Der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg hat dies noch einmal bekräftigt: Stufenweise Rückkehr zur vollen Beitragsleistung der Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen, gleichgewichtige Verteilung des demographischen Risikos auf Staat, Beitragszahler und Rentner, ein höherer Bundeszuschuß, die Umstellung des bisher lohnbezogenen Arbeitgeberbeitrags auf einen Wertschöpfungsbeitrag und nicht zuletzt eine Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme auf der Basis des Leistungsrechts der gesetzlichen Rentenversicherung, das heißt eigene Beiträge der Beamten und höhere Beitragsleistungen der Landwirte. Zur Durchsetzung eines solchen Konzepts braucht man Kraft und politischen Mut, denn es heißt, bisher eingeschlagene Pfade zu verlassen und Privilegien abzubauen. Wer jedoch die Rentenversicherung und damit den Rentnern und heutigen Beitragszahlern die notwendige Zukunftssicherheit geben will, der muß diesen Weg mitgehen. Wer dies nicht will, der soll sich dann aber auch dazu bekennen. Der muß aber dann auch gleichzeitig eingestehen, daß das heutige Beitrags- und Rentenniveau nicht mehr zu halten ist.

Entweder werden die Beiträge erheblich in die Höhe steigen oder das Rentenniveau wird erheblich abgesenkt oder am Schluß kommt eine Mischung aus beidem heraus. Wobei, was die Beiträge betrifft, diese mit 19,2 Prozent einen Höchststand erreicht haben und was das Bruttorentenniveau angeht, dieses heute einen Tiefstand erreicht hat. So beträgt das Bruttorentenniveau nach 40 Versicherungsjahren nach Abzug des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags gerade noch 40 Prozent eines vergleichbaren Bruttoverdienstes. Oder mit einer anderen Zahl ausgedrückt: 100 DM Beitragsleistung erhöhen im Jahre 1986 die monatliche Rente gerade noch um 53 Pfennig. Von Überversorgung kann bei den Sozialrentnern in keinsten Weise die Rede sein.

Jetzt ist Blüm am Zug, daß er als verantwortlicher Bundesarbeits- und Sozialminister deutlich sagt, und zwar noch vor dem Wahltag, wie es nach Auffassung der derzeitigen Bundesregierung weitergehen soll. Wir alle, die Rentner, die Versicherten, aber auch das Parlament haben einen Anspruch darauf.

(-/6.10.1986/vo-he/rs)



„SALT II ist tot“ (Caspar Weinberger) (Teil II und Schluß)

Sind sowjetische Vertragsverletzungen die Ursache für das amerikanische Abrücken von SALT?

Von Dr. Wolfgang Biermann  
Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand

4.

Warum aber setzt die Reagan-Administration Rüstungskontrollverträge aufs Spiel, wenn sie nach Übereinstimmung der meisten Militärs der Sicherheit der USA (und nicht der Liebedienerei gegenüber der UdSSR) dienen? Gibt es eine rationale Erklärung für ein solch scheinbar irrationales Verhalten? Manche US-Journalisten meinen, das Verlassen von SALT sei „eine politische Entscheidung zur Beruhigung des rechten Flügels“. McNamara dazu: „Das könnte zutreffen, das Problem ist aber, was denken die Sowjets darüber? Und ich garantiere Ihnen, daß sie es anders sehen. ... Sie glauben, daß wir uns auf Überlegenheit hinbewegen, technische Überlegenheit, offensive Überlegenheit, defensive Überlegenheit und eine Erstschlagskapazität.“

Ein anderer Journalist fragte, ob Reagans Abrücken von SALT nicht als Anreiz gedacht gewesen sei, die Sowjets zu ernsthaftem Verhandeln in Genf zu bewegen, und daß der Präsident Bedingungen genannt habe, unter denen er seine Entscheidung gegen SALT überdenken würde.

Paul Warnkes Antwort: „Was wir von den Sowjets verlangen in Genf, ist folgendes: Wir bitten sie, ihre offensiven Waffen um 50 Prozent zu reduzieren, während wir keinerlei Beschränkungen bei Raketenabwehrsystemen hätten. Mit anderen Worten bitten wir sie, mit uns zusammenzuarbeiten, indem sie uns eine Erstschlagsfähigkeit geben. (Je weniger Offensivwaffen, desto wirksamer ein Defensivsystem.) Ich glaube nicht, daß die Sowjets menschenfreundlich genug sind, uns unter solchen Bedingungen kleinbeizugeben.“

Man wird sehen, ob das jüngste Treffen von Rüstungskontrollexperten in Moskau die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus dem Sumpf des Rüstungspokers herauszieht und dem geplanten Gipfeltreffen der beiden Supermächte eine konstruktive Perspektive gibt. Zur Rettung von SALT II haben die Senatoren Joseph R. Biden und William Cohen Gesetzentwürfe im US-Senat eingebracht, die die Finanzmittel für Waffensysteme sperren, sofern sie die Obergrenzen von SALT II überschreiten.

Protokoll der positiven Einhaltung von SALT durch USA und UdSSR

I. Sowjetische „Abrüstungsmaßnahmen“ im Rahmen von SALT\*

Die Bestimmungen von SALT I und SALT II haben von der Sowjetunion verlangt, 1079 ICBMs (landgestützte Interkontinentalraketen), 245 SLBMs (seegestützte Raketen), 21 Bomber und 21 U-Boote mit Atomraketen zu entfernen:

- Um der Bestimmung von SALT I und II zum Einfrieren der Anzahl der „schweren“ ICBM-Silos zu entsprechen, hat die UdSSR zwischen 1973 und 1980 288 SS-9 ICBMs abgezogen, sobald neue SS-18-ICBMs in Dienst gestellt wurden. SALT II hinderte die UdSSR auch am Testen und Stationieren einer „neuen“ schweren Interkontinentalrakete und begrenzte das Ausmaß, in welchem existierende schwere ICBMs modernisiert werden könnten.
- Zwischen 1974 und 1986 entfernte die Sowjetunion 582 SS-11-ICBMs, die durch neuere SS-17, SS-19 und SS-25-Raketen abgelöst wurden.\*\*



- Zwischen 1972 und 1985 hat die Sowjetunion 14 U-Boote der Yankee-Klasse sowie 7 U-Boote der Hotel-Klasse verschrottet beziehungsweise umgebaut, während neue U-Boote vom Typ Delta oder Taifun den Streitkräften zugeführt wurden.
- Zwischen 1975 und 1978 demontrierte die Sowjetunion 209 SS-7- und SS-8-Raketenabschubrampen, um im Rahmen der Vertragsgrenzen von SALT I ihre seegestützten Raketen auszuweiten.
- Zwischen 1977 und 1985 entfernte die UdSSR 224 U-Boot-gestützte Raketen vom Typ SS-N-6 und 21 vom Typ SS-N-5, die durch neue U-Boot-gestützte Raketen vom Typ SS-N-18 und SS-N-20 abgelöst wurden.
- 1985 und 1986 hat die Sowjetunion 21 Bison-Bomber demontiert.

Zwischen 1986 bis 1990 würde SALT II von der Sowjetunion die Entfernung älterer ICBMs, SLBMs und schwere Bomber verlangen, sobald neue stationiert würden. Obwohl die genaue Anzahl der Außerdienststellungen von der Anzahl und dem Charakter der neuen Systeme abhängen würde, die die Sowjets stationieren wollen, müßten sie bis 1990 ungefähr 500 bis 600 strategisch nukleare Trägersysteme verschrotten.

#### II. US-amerikanische „Abrüstungsmaßnahmen“ im Rahmen von SALT\*

SALT I und SALT II haben von den USA verlangt, 320 ICBMs, 576 SLBMs und 13 U-Boote mit Atomraketen außer Dienst zu stellen:

- Zwischen 1972 und 1975 entfernten die USA 260 ICBMs vom Typ Minuteman I und 60 ICBMs vom Typ Minuteman II, um die Anzahl von Minuteman III-Raketen von 230 auf 550 erhöhen zu können.\*\*
- Seit 1972 haben die USA 176 SLBMs vom Typ Polaris A-3 auf elf U-Booten entfernt und durch SLBMs vom Typ Poseidon C-3 ersetzt.
- Seit 1979 haben die USA 192 SLBMs vom Typ C-3 durch die gleiche Anzahl SLBMs vom Typ Trident C-4 auf 12 U-Booten ersetzt.
- Seit 1980 haben die USA zehn Polaris -U-Boote mit 160 SLBMs vom Typ A-3 verschrottet beziehungsweise umgebaut, um die Stationierung von Trident-U-Booten vorzubereiten und im Rahmen des SALT-Vertrags zu ermöglichen.



- 1985 und 1986 demontierten die USA drei Poseidon-U-Boote mit 48 Raketen vom Typ C-3; dadurch blieben sie innerhalb der SALT II-Grenzen, als zwei neue Trident-Raketen-U-Boote vom Stapel liefen.\*\*\*

Zwischen 1986 und 1990 würde SALT II von den USA verlangen, eine Anzahl älterer ICBMs, SLVMS oder Cruise Missiles tragende Bomber außer Dienst zu stellen, sobald neue Systeme dieser Art stationiert werden. Obwohl die genaue Zahl der zu erfolgenden Außerdienststellungen von der Entwicklung des Modernisierungsprogramms der USA abhängen würde, werden wahrscheinlich 200 bis 300 Trägersysteme entfernt werden müssen.

- 
- \* (Damit die beiden Vertragsparteien innerhalb der numerischen Begrenzungen des Vertrags bleiben, müssen sie bei der Stationierung neuer Trägermittel ältere demontieren oder zerstören.)
  - \*\* (Da SALT die Konstruktion neuer fester ICBM-Abschußrampen verbietet, müssen neue landgestützte Raketen, die von Silos abgeschossen werden können, in existierenden Abschußrampen stationiert werden, während die älteren Raketen außer Dienst gestellt werden. Die USA stellten 42 Titan-2-Interkontinentalraketen außer Dienst, was die Reagan-Administration als Beweis ihrer Vertragstreue betonte; dies ist in dieser Tabelle nicht berücksichtigt, weil die Beibehaltung dieser Raketen auf amerikanischer Seite im Rahmen der SALT-Grenzen erlaubt gewesen wäre.)
  - \*\*\* (Die Reagan-Administration hat erklärt, daß die Außerdienststellung von zwei Poseidon-U-Booten im Mai 1986 nicht wegen der Einhaltung der SALT-Beschränkungen erfolgte, sondern um Kosten für die Überholung dieser U-Boote zu sparen.) (-/6.10.1986/rs/ks)

\* \* \*

Eine ausführliche SALT II-Dokumentation erscheint in der Zeitschrift „Frieden und Abrüstung“, die zum Preise von sieben Mark über IFIAS, Postfach 2280, 5300 Bonn 1 bezogen werden kann.

